

Sindelfingen: Der ehemalige Oberbürgermeister Dr. Dieter Burger nimmt Stellung zum Autobahn-Deckel

„Das Land hat nie widersprochen“

Von Chefredakteur
Hans-Jörg Zürn

Jetzt hat er sein Schweigen gebrochen. „Ein Deckel über der Autobahn 81 ist bei deren Ausbau unerlässlich“, sagt Dr. Dieter Burger, von 1977 bis 1993 Oberbürgermeister der Stadt Sindelfingen. Das Bauwerk sei auch stets Gegenstand der Planung gewesen.

Um sich äußern zu dürfen, holte sich Dr. Burger die beamten- und dienstrechtliche Genehmigung bei Regierungspräsident Dr. Andriof ein. „Ein solcher Deckel ist zumindest seit 1984 Gegenstand der Diskussion, wie sie zwischen dem Land und den beiden Städten Böblingen und Sindelfingen geführt worden ist“, so der frühere Sindelfinger Oberbürgermeister. Die Forderungen nach einem solchen Schallschutz seien keinesfalls neu.

Gutachter schlugen Deckel vor

Schon am 8. November 1984 habe der damalige Innenminister Schlee, der auch für Verkehr zuständig war, der Stadt Sindelfingen ein Gutachten des Ingenieurbüros Dr. Bender und Stahl zur Verfügung gestellt: „Das untersuchte bei einer Verbreiterung der Autobahn den Bau eines Tunnels und schlug ihn vor.“

Deshalb habe die Stadt Sindelfingen zwischen 1984 und 1988 alle Gemeinderatsbeschlüsse, die sich mit dem Ersatz der ursprünglichen Verbindung zwischen Leonberg und Gärtringen befassten, mit dem Hinweis versehen, bei einer Verbreiterung der Autobahn werde ein Lärmschutz durch einen solchen Tunnel erforderlich.

In dem Gutachten heißt es laut Dr. Burger unter anderem: „Bei einer Verbreiterung

der Autobahn sind in Bereichen angrenzender Bebauung Schallschutzmaßnahmen notwendig. Diese können im einfachsten Fall aus Schutzwänden bestehen. In diesem Zusammenhang bietet sich jedoch eine teilweise Überdeckung im Bereich des Goldbergs an. Damit ließen sich auch die städtebauliche Zäsur und die Trennwirkung der Autobahn mildern.“

Wegen der topografischen Verhältnisse schlugen die Gutachter vor, „die Autobahn in ihrer Höhenlage zu belassen und mit einer Betonkonstruktion zu überdecken. Durch die seitliche Erdanschüttung kann das Bauwerk gut in die Umgebung eingepasst werden.“ Dr. Dieter Burger ging stets davon aus, dass Innenminister Schlee ein ähnliches Angebot auch der Stadt Böblingen gemacht hat und rät, „die städtischen Akten daraufhin zu überprüfen“.

Auch eine Pressemitteilung des Innenministeriums vom 16. Oktober 1984 belegt für



Dr. Burger (Bild: z) die eindeutige Haltung für einen Deckel. Darin heißt es unter anderem: „das Land strebe mit den betroffenen Städten und Gemeinden eine Abstimmung an, wobei in der Diskussion auch die Probleme stehen, die bei einer Verbreiterung und Einhausung beziehungsweise Überdeckung im Bereich Böblingen/Sindelfingen zu erwarten sind.“

Auch der Planungsausschuss des Regionalverbands Mittlerer Neckar befasste sich mit dem Thema. So stand in einer Sitzungsvorlage vom 24. Oktober 1984: „Zusätzlich

sollten Maßnahmen ergriffen werden, um Störungen und Sicherheitsdefizite an Hauptverkehrswegen und Siedlungsgebieten abzuwehren. Dies ist zum Beispiel durch die Anlage von Standspuren und Überdeckung in den Stadtgebieten Böblingen und Sindelfingen der Fall.“

Am 9. November 1984 habe das Innenministerium eine weitere Erklärung an die Presse herausgegeben. Darin heißt es, dass die Autobahn ausgebreitet und aus Lärmschutzgründen überdeckelt werden müsse.

„Die frühere Planung ist noch gültig“

Dr. Dieter Burger, Fachanwalt für Verwaltungsrecht, zieht daraus folgenden Schluss: „Auch mit dem Abstand von mehr als 22 Jahren lässt sich festhalten, dass der Planungsstand von 1984 heute noch gültig und in der Realisierung ist. Dazu gehört aber dann auch die Verbreiterung der heutigen A 81 zwischen Sindelfingen-Ost und Gärtringen sowie die Überdeckung zwischen Böblingen und Sindelfingen.“

Der Sindelfinger Gemeinderat habe zudem die Zustimmung zur Bundesstraße 464 westlich von Sindelfingen und Maichingen vor allem in den Jahren 1984 bis 1988 mit der Erwartung verbunden, dass die A 81 überdeckelt werde. „Dem ist damals von Seiten des Landes nicht widersprochen worden“, so Dr. Burger.

„Unterstützung für die Bevölkerung“

Er habe sich jetzt zu dieser Stellungnahme entschlossen, „weil die Oberbürgermeister der Städte Böblingen und Sindelfingen und die an der Autobahn wohnende Bevölkerung Unterstützung verdient, wenn es um die Schaffung von Lärmschutz durch eine Tunnellösung geht.“ Er würde auch einen gewissen Zeitverlust in Kauf nehmen, wenn es um die Verbesserung der bisher vorgeschlagenen Lösung geht.